



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

**143,8 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

**70,26 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

35.000

Schnellladepunkte mit Megawatt Charging System für schwere Nutzfahrzeuge sind nach Schätzung des Verbands der Automobilindustrie bis zum Jahr 2030 nötig.

POLITIK

Windbranche fordert mehr Investitionssicherheit

OFFSHORE

Borkum Riffgrund 3 startet kommerziellen Betrieb

VERBÄNDE

BWE-Service beantragt Sanierung in Eigenverwaltung

Inhalt

TOP-THEMA

→ **POLITIK:** Verbände warnen vor KTF-Umschichtung

POLITIK & RECHT

- **POLITIK:** Windbranche fordert mehr Investitionssicherheit
- **MOBILITÄT:** 35.000 Ladepunkte für E-Lkw fehlen
- **CONTRACTING:** Leitfaden zu kommunaler Contracting-Abrechnung erschienen
- **POLITIK:** Ministerium prüft stärkere Nutzung von Kohlekraftwerken
- **PERSONALIE:** Führungswechsel bei der Agentur für Erneuerbare Energien

HANDEL & MARKT

- **OFFSHORE:** Borkum Riffgrund 3 startet kommerziellen Betrieb
- **WINDKRAFT OFFSHORE:** Ostwind 3 speist ersten Offshore-Strom ein
- **WINDKRAFT ONSHORE:** Vattenfall bündelt zwei Windparks bei Worms
- **REGENERATIVE:** Estland: Erfolgreiche Ausschreibung für 12 Prozent des Strombedarfs
- **STATISTIK DES TAGES:** Nehmen wir den Klimawandel nicht ernst genug?

TECHNIK

- **WASSERSTOFF:** Baustart für erste Wasserstoffleitung im Saarland
- **WASSERSTOFF:** Stadtwerke Stuttgart stellen vier Wasserstoffspeicher auf

UNTERNEHMEN

- **VERBÄNDE:** BWE-Service beantragt Sanierung in Eigenverwaltung
 - **STADTWERKE:** Stadtwerke Mühlhausen stehen vor Geschäftsführer-Wechsel
 - **STADTWERKE:** Wernau verlängert Gasnetz-Vertrag bis 2044
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** „Nur ein Gaspreis von 100 Euro füllt Speicher genug“
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Verbände warnen vor KTF-Umschichtung



Quelle: Shutterstock / canadastock

POLITIK. 16 Verbände und Organisationen fordern die Bundesregierung auf, 2,7 Milliarden Euro aus dem Emissionshandel im Klima- und Transformationsfonds zu belassen.

Ein Bündnis aus 16 Verbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen fordert die Bundesregierung und die Haushälter der Bundestagsfraktionen auf, die geplante Umschichtung von 2,7 Milliarden Euro aus den Einnahmen des europäischen Emissionshandels (ETS 1) in den allgemeinen Bundeshaushalt zu stoppen.

Die Mittel sind bislang dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) zugewiesen. Das Bündnis verlangt, sie weiterhin für die klimaneutrale Transformation der Industrie einzusetzen. Das Bundeskabinett hatte die Umschichtung im Juli im Rahmen des Haushaltsentwurfs für 2027 beschlossen. Nun berät der Bundestag über den Etat.

Initiatoren des gemeinsamen Briefs sind die Umweltorganisation Bellona Deutschland und die Stiftung Klimawirtschaft. Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem der Verband der Chemischen Industrie (VCI), die Wirtschaftsvereinigung Stahl, der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) und der Bundesverband der Energie-Abnehmer (VEA).

ETS-Einnahmen sollen Industrie helfen

Nach Ansicht der Unterzeichner sollten die Einnahmen aus dem Emissionshandel vollständig an die vom CO₂-Preis betroffenen Unternehmen und in den Klimaschutz zurückfließen. Damit sollen Investitionen in die Dekarbonisierung unterstützt und zugleich die Stromkosten der Industrie gesenkt werden. Als mögliche Maßnahme nennt das Bündnis eine Bezuschussung der Übertragungsnetzentgelte.

Eine Kürzung der KTF-Mittel gefährde dagegen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und beeinträchtige die Planungssicherheit für langfristige Investitionen, heißt es in dem Brief. Unternehmen benötigten verlässliche Rahmenbedingungen, um Investitionen in klimaneutrale Produktionsverfahren zu tätigen.

Sabine Nallinger, Vorständin der Stiftung „KlimaWirtschaft“, warnt davor, den KTF für die allgemeine Haushaltskonsolidierung einzusetzen. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel seien für den Klimaschutz

vorgesehen. „Eine Verwendung zur Deckung allgemeiner Haushaltslücken könnte die Akzeptanz der CO₂-Bepreisung beeinträchtigen“, warnte sie. Wenn Einsparungen notwendig seien, sollte die Bundesregierung zunächst klimaschädliche Subventionen überprüfen, fordert Nallinger.

Auch Bellona-Deutschland-Geschäftsführer Jan-Justus Andreas sieht in dem gemeinsamen Aufruf ein Signal für die Verbindung von Klimaschutz und industrieller Wettbewerbsfähigkeit. „Unternehmen benötigten Verlässlichkeit, um in klimaneutrale Produktion zu investieren“, appellierte er. Eine Umschichtung der ETS-Einnahmen in den allgemeinen Haushalt sei dafür das falsche Signal.

Industrie verweist auf Investitionsbedarf

Der VCI sieht ebenfalls Risiken für die Transformation. Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup erklärt, Unternehmen investierten bereits Milliarden Euro in den Umbau ihrer Produktion. Die Finanzierung müsse deshalb verlässlich bleiben. Andernfalls könnten Investitionen gefährdet werden.

Für die Stahlindustrie kommt die geplante Umschichtung nach Einschätzung von Kerstin Maria Rippel, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl, zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Die Energiemärkte stünden unter dem Druck der Nahost-Krise, zugleich seien die Strompreise volatil. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel müssten daher in Dekarbonisierung und Energiepreissenkungen fließen.

Auch der VIK fordert, die ETS-Einnahmen bei den Unternehmen einzusetzen, die in klimaneutrale Produktion und Wettbewerbsfähigkeit investieren. VIK-Hauptgeschäftsführer Christian Seyfert warnt davor, die Mittel als Lückenfüller im Bundeshaushalt zu verwenden.

Der Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie (BDG) verweist zudem auf die Belastung des industriellen Mittelstands. Nach Angaben von BDG-Hauptgeschäftsführer Martin Theuringer zahlt die deutsche Gießerei-Industrie jährlich mehr als 50 Millionen Euro in den nationalen Emissionshandel ein. Gleichzeitig erreichten KTF-Fördermittel den industriellen Mittelstand bislang nicht ausreichend. Eine Umschichtung würde dieses Problem weiter verschärfen, so Theuringer.

Umweltverbände unterstützen Aufruf

Auch Umweltverbände unterstützen die Forderung. NABU-Präsident Jörg-Andreas Krüger verlangt, die ETS-Einnahmen sowohl für die Dekarbonisierung der Industrie als auch für den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen einzusetzen. Klimaschutz und Naturschutz gehörten zusammen. Der Deutsche Naturschutzring fordert ebenfalls, den KTF auf die Modernisierung der Volkswirtschaft und die Abkehr von fossilen Energien zu konzentrieren.

Zu den weiteren Unterzeichnern zählen der Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden, der Bundesverband Feuerverzinken, die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz, der Deutsche Verband für negative Emissionen, Tech for Net Zero, der Verein Deutscher Zementwerke sowie der WWF Deutschland. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / nitpicker

Windbranche fordert mehr Investitionssicherheit

POLITIK. Der Bundesverband Windenergie (BWE) fordert beim Ausbau von Windparks an Land und auf See verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen und Änderungen an geplanten Vorhaben.

Der Bundesverband Windenergie (BWE) fordert von der Bundesregierung verlässliche politische Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau der Windenergie an Land und auf See. Anlass ist das Wirtschaftsforum Offshore Wind Ende August auf Sylt. Nach Ansicht des Verbands erschweren unsichere Vorgaben derzeit Investitionsentscheidungen in der Branche.

„Der Windenergiebranche fehlt Investitionssicherheit“, sagte BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek. Die Bundesregierung müsse zeigen, dass sie die Energiewende ernst nehme und eine belastbare gesetzliche Grundlage für den weiteren Ausbau schaffe.

Wind-See-Gesetz unzureichend

Besonders bei der Offshore-Windenergie sieht der BWE Nachbesserungsbedarf. Das novellierte Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) reiche laut dem Verband noch nicht aus, um die notwendigen Investitionen und erfolgreiche Ausschreibungen sicherzustellen. Das geplante zweistufige Ausschreibungsmodell bleibe hinter den Anforderungen der Branche zurück und müsse angepasst werden.

Heidebroek verwies zudem auf die Bedeutung der Infrastruktur für die Offshore-Windindustrie. Der BWE habe sich nach ihren Angaben am Ausbau des Hafens Cuxhaven für Kapazitäten zum Bau und zur Wartung von Offshore-Windanlagen beteiligt. Diese Infrastruktur müsse nun wirtschaftlich genutzt werden. Dafür brauche es eine verlässliche Projektpipeline, sagte die BWE-Präsidentin. Unsichere gesetzliche Rahmenbedingungen dürften Offshore-Projekte nicht behindern.

Gesetzesnovellen anpassen

Der Verband sieht sowohl die Windenergie an Land als auch auf See als wichtige Säulen für Energieunabhängigkeit, Klimaschutz und eine bezahlbare Stromversorgung. Deshalb fordert der BWE, die anstehenden Gesetzesvorhaben praxistauglich auszugestalten. Das WindSeeG, die geplante Novelle des

Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und das Netzanschlusspaket müssten Investitionen ermöglichen. Drohende Ertragseinbußen könnten nach Ansicht des Verbands dagegen die Investitionsbereitschaft bremsen.

Kritik übt der BWE auch an der energie- und klimapolitischen Entwicklung. Nach Einschätzung des Verbands droht die Bundesregierung, den Ausbau der Windenergie zu verlangsamen. Zugleich könne Deutschland erstmals sein Klimaziel verfehlen.

Auf Zustimmung in der Bevölkerung stoße die Energiewende dagegen weiterhin. Der BWE verweist auf das Energiewendebarmometer der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Demnach unterstützen 84 Prozent der Haushalte die Energiewende. Gleichzeitig nehme die Bereitschaft zu, selbst einen Beitrag zur Energiewende zu leisten.

„Windenergieprojekte dürfen nicht durch unsichere politische Rahmenbedingungen sabotiert werden“, sagte Heidebroek. Der weitere Ausbau sei entscheidend für den Wirtschaftsstandort und das Erreichen der Klimaziele. Die Branche könne die erforderlichen Projekte an Land und auf See umsetzen. Dafür müsse die Politik nun die Voraussetzungen schaffen und ihre Gesetzesvorhaben entsprechend korrigieren. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



35.000 Ladepunkte für E-Lkw fehlen



Quelle: Shutterstock / ModernNomads

MOBILITÄT. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) fordert in Berlin einen schnelleren Ausbau von Stromlade- und Wasserstoffinfrastruktur für klimafreundliche Nutzfahrzeuge in Europa.

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) sieht die fehlende Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur als wesentliche Hürde für den Markthochlauf klimafreundlicher Nutzfahrzeuge. Nach Angaben des Verbands reichen die bisherigen Ausbaupläne in Deutschland und der Europäischen Union (EU) nicht aus, um den erwarteten Bedarf im Schwerlastverkehr bis 2030 zu decken.

Nach Angaben des VDA werden europaweit bis 2030 rund 35.000 öffentlich zugängliche Schnellladepunkte mit dem Megawatt Charging System (MCS) für schwere Nutzfahrzeuge benötigt. Insgesamt sollten bis dahin bis zu 50.000 Lkw-taugliche Ladepunkte zur Verfügung stehen. In Deutschland geht der Verband von einem Bedarf von rund 4.000 öffentlichen MCS-Ladepunkten aus.

Aktuelle Daten vom Juli

Der derzeitige Ausbau liegt deutlich darunter. Laut Daten des European Alternative Fuels Observatory (EAFO) waren im Juli 2026 EU-weit lediglich 730 Ladepunkte mit einer Mindestleistung von mehr als 350 kW exklusiv für schwere Nutzfahrzeuge verfügbar. In Deutschland waren nach Angaben der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur (NLL) 88 Standorte mit insgesamt 355 Ladepunkten für schwere Nutzfahrzeuge in Betrieb.

Die NLL plant bis 2030 entlang wichtiger Verkehrskorridore 350 öffentliche Ladestandorte an bewirtschafteten und unbewirtschafteten Rastanlagen. Das vorgesehene initiale Lkw-Ladenetz umfasst 4.200 öffentliche Ladepunkte. Davon sollen 1.800 mit MCS und 2.400 mit dem Combined Charging System (CCS) ausgestattet sein.

VDA-Präsidentin Hildegard Müller kritisiert, dass derzeit weniger als ein Zehntel der geplanten Ladepunkte in Betrieb sei. Die Politik müsse den Ausbau beschleunigen und zugleich die Stromnetze bedarfsgerecht erweitern. „Nur so lassen sich die Vorgaben zur CO₂-Reduktion im Straßengüterverkehr umsetzen“, so Müller.

Ungleicher Ausbau in Europa

Auch innerhalb der EU verteilt sich die verfügbare Ladeinfrastruktur laut VDA sehr unterschiedlich. 65 Prozent der ausschließlich für schwere Nutzfahrzeuge verfügbaren Ladepunkte befinden sich demnach in Schweden, Deutschland und Frankreich. In wichtigen Transitländern wie Polen und Tschechien gebe es bislang keine exklusiven Ladepunkte dieser Leistungsklasse.

Der VDA fordert deshalb, den Ausbau nicht auf das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T) und dessen Kernnetz zu beschränken. Auch Verkehrsachsen abseits der Hauptkorridore müssten berücksichtigt werden, um Versorgungslücken zu vermeiden. Zudem müsse die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten stärker zu einem zügigen Ausbau verpflichten.

Die Vorgaben der Alternative Fuels Infrastructure Regulation (AFIR) reichen nach Einschätzung des Verbands ebenfalls nicht aus. Sie sieht bis 2030 rund 2.000 Lkw-Ladestandorte entlang der Autobahnen in der EU vor, jeweils mit einer Mindestleistung von 3.600 kW. Damit lasse sich der Bedarf von 35.000 öffentlich zugänglichen MCS-Schnellladepunkten jedoch nicht decken.

Land	Art der Infrastruktur	Kapazität
Deutschland	MCS	4.000
Frankreich	MCS	3.500
Schweden	MCS	3.000
Polen	MCS	0
Tschechien	MCS	0
... (and many more countries)	...	...

Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur in Europa
(Für Vollbild auf Tabelle klicken)

Quelle: VDA

Überprüfung der Flottenregulierung vorziehen

Der VDA fordert daher, die für 2027 geplante Überprüfung der CO₂-Flottenregulierung für schwere Nutzfahrzeuge vorzuziehen. Gleichzeitig solle die Umsetzung der AFIR jährlich überprüft werden. Müller warnt zudem vor Strafzahlungen für Hersteller, solange die erforderliche Infrastruktur nicht zur Verfügung stehe. Die vollständige Mautbefreiung für emissionsfreie Lkw, wie sie Deutschland umgesetzt hat, biete dabei aus Sicht des VDA die stärkste Wirkung zur Förderung.

Nach Angaben des VDA haben deutsche Nutzfahrzeughersteller bereits batterieelektrische Lkw mit Reichweiten von mehr als 500 Kilometern sowie Wasserstofffahrzeuge mit Reichweiten von 700 bis 800 Kilometern auf dem Markt. Auch Unternehmen der Automobilindustrie beteiligten sich am Aufbau der Ladeinfrastruktur, unter anderem über das Gemeinschaftsunternehmen Milence.

Wasserstoffbedarf deutlich höher

Auch bei der Wasserstoffinfrastruktur sieht der VDA erheblichen Nachholbedarf. Der Verband rechnet für 2030 mit rund 2.000 Lkw-geeigneten Wasserstofftankstellen in Europa, die jeweils etwa zwei Tonnen Wasserstoff pro Tag bereitstellen können. Davon würden rund 300 Stationen in Deutschland benötigt.

Die AFIR schreibt bis Ende 2030 entlang des TEN-T-Kernnetzes öffentlich zugängliche Wasserstofftankstellen mit einer Kapazität von mindestens einer Tonne pro Tag und einem Abstand von höchstens 200 Kilometern vor. Nach Einschätzung des VDA unterschätzen diese Vorgaben noch den tatsächlichen Bedarf.

Laut EAFO gab es im Juli 2026 EU-weit rund 150 Wasserstofftankstellen mit 350 Bar und 168 Stationen mit 700 Bar. Rund 31 Prozent der europäischen Wasserstofftankinfrastruktur befinden sich dem VDA zufolge in Deutschland. In mehreren Ländern Ost- und Südeuropas fehlen bislang Wasserstofftankstellen für Lkw vollständig. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Leitfaden zu kommunaler Contracting-Abrechnung erschienen



Quelle: Pixabay / aymane jdidi

CONTRACTING. Die KEA-BW hat einen Leitfaden zur Abwicklung von Contracting-Projekten im Haushalts- und Rechnungswesen veröffentlicht.

Die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA-BW) hat einen Leitfaden zur haushaltsrechtlichen und buchhalterischen Behandlung von Contracting-Projekten veröffentlicht, teilte die KEA am 31. August mit. Er richtet sich an Städte, Gemeinden und Landkreise und behandelt Energieliefer- sowie Energiespar-Contracting. Ziel ist es, die Veranschlagung und Buchung der Verträge im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen zu vereinheitlichen.

Hintergrund sind nach Angaben der Landesenergieagentur offene Fragen in kommunalen Finanzverwaltungen. Zwar nutzen Kommunen Contracting, um Sanierungen oder Maßnahmen an ihrer Energieversorgung durch einen Energiedienstleister finanzieren zu lassen. Bei der Abbildung der Verträge im Haushalt bestanden laut KEA-BW jedoch Unsicherheiten. Diese hätten auch zu Konflikten bei Prüfungen durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA) geführt.

Die von der KEA-BW herausgegebene Handlungshilfe erklärt Schritt für Schritt, wie man Contracting-Verträge im Haushalt und buchhalterisch adäquat abbilden kann. Sie liefert laut der KEA-BW auch konkrete Buchungsbeispiele. Das erhöhe die Rechtssicherheit und verringere die Gefahr, dass Prüferinnen und Prüfer später Beanstandungen erheben.

Leitfaden enthält Buchungsbeispiele

Dabei unterscheidet die Handlungshilfe zwischen Energieliefer-Contracting und Energiespar-Contracting. Die jeweiligen Vertragsmodelle unterscheiden sich bei Finanzierung, Leistung und Refinanzierung. Daraus ergeben sich unterschiedliche Folgen für die Behandlung im kommunalen Haushalt. Der Leitfaden ordnet diese Varianten ein und zeigt anhand von Beispielen, welche Buchungsschritte sich daraus ergeben.

Erstellt haben die Handlungshilfe Merdan Seker und Jörg Henkes vom Steinbeis Beratungszentrum Öffentliche Finanzen und Strategisches Management in Stuttgart im Auftrag der KEA-BW. Die Landesenergieagentur will damit eine standardisierte Grundlage für Finanzverwaltungen schaffen und das Risiko späterer Beanstandungen durch Prüfinstanzen reduzieren.

Eine Rolle spielt die haushaltsrechtliche Einordnung auch für die Finanzierung kommunaler Energieprojekte. Beim Contracting übernimmt ein Energiedienstleister Investitionen, die andernfalls die Kommune finanzieren müsste. Je nach Vertragsmodell erfolgt die Refinanzierung beispielsweise über Energiekosten oder vertraglich vereinbarte Einsparungen. Für Kommunen kann das Investitionen ermöglichen, ohne die Mittel vollständig zu Beginn des Projekts aus dem eigenen Haushalt bereitzustellen.

Der **Leitfaden „Contracting-Projekte im kommunalen Haushalt buchen“** ist auf der Internetseite der KEA-BW als PDF abrufbar. (hr) // **VON HEIDI ROIDER**

[^ Zum Inhalt](#)

Ministerium prüft stärkere Nutzung von Kohlekraftwerken



Quelle: Shutterstock / nitpicker

POLITIK. Könnten alte Kohlekraftwerke helfen, Strompreise zu senken? Die Antwort auf die Frage ist nach Regierungsangaben nicht so einfach, wie man meinen könnte.

Das Bundeswirtschaftsministerium prüft eine stärkere Nutzung der deutschen Kohlekraftwerke zur Dämpfung der hohen Strompreise. Dabei geht es um Kraftwerke, die aktuell in der Reserve sind und aktuell nur bei Knappheiten einspringen. „Das ist aus fachlichen und ökonomischen und auch europarechtlichen Gründen nicht ganz einfach“, sagte ein Sprecher. „Wir prüfen weiter, ob sich da ein Instrument sinnvoll gestalten lässt.“

Unionsfraktionsvize Sepp Müller hatte in der vergangenen Woche in der „Wirtschaftswoche“ vorgeschlagen, angesichts der hohen Gaspreise die deutschen Kohlekraftwerke stärker zu nutzen. Sie sollten aus seiner Sicht laufen, bis Gaskraftwerke mit einer vergleichbaren Kapazität gebaut sind, was voraussichtlich 2030 oder 2031 der Fall sei. Bei der SPD stieß er damit auf Ablehnung.

Der Ministeriumssprecher betonte, ein möglicher Einsatz der Reservekraftwerke müsse sich am Ende auch lohnen. Es handle sich um relative alte und ineffiziente Anlagen. „Das heißt, man müsste schauen, ob man damit überhaupt einen positiven Einfluss auf die Strompreise erzielen könnte.“

„Frage stellt sich momentan nicht“

Regierungssprecher Stefan Kornelius erklärte zur Nutzung der Reservekraftwerke: „Diese Frage stellt sich momentan nicht.“

Deutschland will bis 2038 aus der Kohleverstromung aussteigen und auf dem Weg dorthin zunehmen auf weniger klimaschädliche Gaskraftwerke sowie erneuerbare Energien setzen. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Führungswechsel bei der Agentur für Erneuerbare Energien



Anika Schwalbe übernimmt die Geschäftsführung von Robert Brandt. Quelle: AEE

PERSONALIE. Anika Schwalbe übernimmt zum 1. September die Geschäftsführung der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE).

Die Vize wird Chefin. Anika Schwalbe, bislang stellvertretende Geschäftsführerin und Pressesprecherin der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE), übernimmt zum 1. September den Posten von Dr. Robert Brandt.

Brandt stand knapp acht Jahre an der Spitze und gibt die Geschäftsführung nach Angaben der Organisation ab, um sich neuen beruflichen Aufgaben zu widmen. Unter seiner Leitung habe die Agentur neue Impulse für die Energiewende gesetzt und ihre Funktion als Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft und Kommunen ausgebaut, betont AEE in einer Mitteilung. „Robert hat die AEE mit seiner Begeisterung für die Sache fachlich und menschlich geprägt“, wird Schwalbe zitiert.

Die neue Chefin will nach eigener Aussage neben dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien künftig die Resilienz der Energiesysteme stärker in den Mittelpunkt stellen. Die AEE werde Kommunen, Politik und Partnern künftig konkrete Instrumente an die Hand geben, um diese Resilienz Schritt für Schritt im Alltag umzusetzen und die Handlungsfähigkeit der Regionen dauerhaft zu sichern, heißt es. (mf)

// VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Borkum Riffgrund 3 in der deutschen Nordsee. Quelle: Oersted

Borkum Riffgrund 3 startet kommerziellen Betrieb

OFFSHORE. Der Offshore-Windpark Borkum Riffgrund 3 mit einer installierten Leistung von 913 MW hat den kommerziellen Betrieb aufgenommen.

Der Offshore-Windpark Borkum Riffgrund 3 in der deutschen Nordsee hat den kommerziellen Betrieb aufgenommen, teilte der Betreiber Oersted am 31. August mit. Der Windpark verfügt über eine installierte Leistung von 913 MW und gehört Orsted gemeinsam mit dem Vermögensverwalter Nuveen Infrastructure.

„Borkum Riffgrund 3 ist ein klares Beispiel dafür, wie Offshore-Windenergie sicheren, bezahlbaren und heimischen Strom liefern kann. So sieht Energiesicherheit in der Praxis aus – nicht nur ein Schlagwort, sondern 913 installierte Megawatt, die heute zu großem Teil die deutsche Industrie versorgen“, erklärte Josche Muth, Geschäftsführer von Oersted in Deutschland.

Borkum Riffgrund 3 liegt etwa 70 Kilometer vor der Küste in der deutschen Nordsee und erstreckt sich über eine Fläche von rund 75 Quadratkilometern. Insgesamt wurden im Offshore-Windpark 83 Windkraftanlagen mit einer Nennleistung von jeweils 11 MW installiert.

Das Projekt nutzt ein neues Anschlusskonzept ohne Umspannstation (wir berichteten). Die direkte Verbindung zur Konverterplattform „DolWin epsilon“ wird durch den Übertragungsnetzbetreiber Tennet hergestellt. Orsted betont, dass europäische Zulieferer das Projekt ermöglicht hätten: Turbinen und Fundamente stammen aus Deutschland und Dänemark, Kabel aus Deutschland und Frankreich, Installationsschiffe aus den Niederlanden und Belgien.

Projekt setzt auf langfristige Stromverträge

Oersted hat zugleich bekannt gegeben, dass bereits mehrere langfristige Stromabnahmeverträge abgeschlossen wurden. Oersted liefert nach eigenen Angaben den erzeugten Offshore-Strom an Rechenzentren, den Einzelhandel und die chemische Industrie. Es wurden Abnahmeverträge (Corporate Power Purchase Agreements, CPPA) mit einer Gesamtleistung von 786 MW mit Amazon (350 MW), BASF (186 MW), Covestro (100 MW), der Energie-Handels-Gesellschaft/REWE-Gruppe (100 MW) und Google (50 MW) abgeschlossen. Die Verträge haben eine Laufzeit von 10 bis 25 Jahren.

Die Vermarktungsstruktur gehört zu den Besonderheiten von Borkum Riffgrund 3. Oersted hatte sich die Rechte für das Projekt im Jahr 2017 in einer deutschen Offshore-Ausschreibung mit einem Gebot von 0 Cent/kWh gesichert. Das Projekt verzichtet damit auf eine Marktprämie für den erzeugten Strom. Langfristige Abnahmeverträge mit Unternehmen übernehmen einen Teil der Absicherung der Erlöse.

Oersted stellt die Inbetriebnahme zugleich in den Zusammenhang mit seinem laufenden Offshore-Ausbau. Das Unternehmen arbeitet nach eigenen Angaben an einem Portfolio von weiteren 8,1 GW. Nach dessen Fertigstellung im Laufe des Jahres 2028 soll die installierte Offshore-Windleistung des Konzerns weltweit mehr als 18 GW erreichen.

Mit Blick auf weitere Projekte fordert Oersted Änderungen beziehungsweise verlässliche Vorgaben für den regulatorischen Rahmen. Chief Construction Officer Patrick Harnett verwies auf die Bedeutung „stabiler und vorhersehbarer rechtlicher Rahmenbedingungen“, um weitere Investitionen in Offshore-Windparks zu ermöglichen.

Betrieb und Wartung von Borkum Riffgrund 3 organisiert Oersted zusammen mit seinem bestehenden deutschen Offshore-Portfolio von Norden-Norddeich und Emden aus. Mit dem neuen Windpark erreicht das Unternehmen nach eigenen Angaben rund ein Viertel der installierten Offshore-Windleistung in Deutschland. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



RÖDL

4. Strategieforum STADTWERKEWENDE
Transformation kostet. Stillstand noch mehr.
Erfahren Sie, welche Strategien funktionieren.

 Vorabendevent 07. Oktober 2026	 08. Oktober 2026
 Krankenhaus 1, Im Zollhafen 18 • Köln	 9:00 – 16:30 Uhr

Jetzt anmelden: www.roedl.com/stadtwerkewende

Wir ebnen Wege. Weltweit. roedl.com

Ostwind 3 speist ersten Offshore-Strom ein



Quelle: Fotolia / vadim petrakov

WINDKRAFT OFFSHORE. 50 Hertz hat die Inbetriebnahmetests für das Netzanbindungssystem Ostwind 3 vor Rügen abgeschlossen. Erste Turbinen des Windparks Windanker speisen Strom ein.

Nordöstlich der Insel Rügen in Mecklenburg-Vorpommern hat der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz die letzten Inbetriebnahmetests für das Netzanbindungssystem Ostwind 3 abgeschlossen. Damit speist bereits ein Großteil der 21 Windenergieanlagen des Offshore-Windparks Windanker Strom in das deutsche Höchstspannungsnetz ein. Der Regelbetrieb soll dem Unternehmen zufolge nach der verbindlichen Fertigstellung Ende September starten.

50 Hertz betreibt das Stromübertragungsnetz im Norden und Osten Deutschlands. Das Unternehmen bindet Windanker über die Offshore-Plattform OSS Jasmund, eine rund 100 Kilometer lange See- und Landkabelverbindung, sowie das neue Umspannwerk Stilow bei Greifswald an das Höchstspannungsnetz an.

Das Netzanbindungssystem verfügt über eine Übertragungsleistung von 300 MW. Rechnerisch kann es damit Strom für rund 300.000 Haushalte transportieren. Für 50 Hertz ist Ostwind 3 der dritte Offshore-Netzanschluss im Seegebiet nordöstlich von Rügen. Die beiden bereits realisierten Systeme Ostwind 1 und Ostwind 2 binden die Windparks Wiker und Arkona sowie Baltic Eagle und Arcadis Ost 1 an.

Weitere Projekte im Werden

Zusammen stehen dort künftig rund 1.800 MW Anschlussleistung zur Verfügung.

„50 Hertz liefert pünktlich und zuverlässig“, erklärte Stefan Kapferer, CEO von 50 Hertz. Weniger als zweieinhalb Jahre nach dem letzten Planfeststellungsbeschluss startete Ostwind 3 demnächst in den Regelbetrieb. Kapferer verwies zugleich auf weitere Offshore-Projekte des Übertragungsnetzbetreibers in der Ost- und Nordsee.

Dazu zählt das deutsch-dänische Gemeinschaftsprojekt Bornholm Energy Island, das 50 Hertz gemeinsam mit dem dänischen Übertragungsnetzbetreiber Energinet als hybriden Interkonnektor mit einem Stromdrehkreuz auf Bornholm entwickeln will.

Auch Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Wolfgang Blank sieht in dem Projekt wirtschaftliche Chancen für das Bundesland. „Der erfolgreiche Start von Ostwind 3 ist ein wichtiger Schritt für die Energiewende in der Ostsee und in Mecklenburg-Vorpommern“, sagte Blank. Der Ausbau der Offshore-Windenergie schaffe Wertschöpfung und Arbeitsplätze unter anderem in Häfen, maritimer Industrie sowie Betrieb und Wartung.

50 Hertz baut seinen Offshore-Standort in Rostock-Warnemünde nach eigenen Angaben weiter aus. Dort sollen künftig auch große Komponenten für die Offshore-Energiewende gefertigt werden. Das Unternehmen hatte dafür bereits einen Großauftrag an die Neptun Werft und Meyer Werft vergeben.

Neue Anschlüsse in der Ostsee

Mit Ostwind 4 bereitet 50 Hertz bereits den nächsten Netzanschluss im Seegebiet vor. Die Planungen und das Genehmigungsverfahren haben begonnen. Wesentliche Komponenten wie Kabel und Konverter sind laut Unternehmen bereits beauftragt und befinden sich in der Fertigung. Der Baustart für Ostwind 4 ist für 2027 vorgesehen. Das Projekt soll als erstes Gleichstromprojekt von 50 Hertz in der deutschen Ostsee umgesetzt werden.

Vor der Küste des Darß schreiten zudem die Arbeiten am Netzanschlussprojekt OST-6-1 für den Windpark Gennaker voran. Der Windpark soll eine Leistung von rund 900 MW erreichen. Aktuell konzentrieren sich die Arbeiten auf die Landtrasse zwischen dem Anlandungspunkt Dierhagen und dem neuen Umspannwerk Gnewitz. Die beiden Offshore-Plattformen OSS Zingst und OSS Darß sollen noch im Herbst auf See installiert werden.

Mit Ostwind 3 kommt damit ein weiteres Netzanbindungssystem in einem Seegebiet hinzu, das bereits mehrere Offshore-Windparks bündelt. Nach Angaben von 50 Hertz soll das Unternehmen in seinem Netzgebiet bis 2032 über das Jahr gerechnet 100 Prozent erneuerbare Energien sicher in Netz und System integrieren. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Vattenfall bündelt zwei Windparks bei Worms



Quelle: Pixabay / meineresterrampe

WINDKRAFT ONSHORE. Vattenfall übernimmt ein genehmigtes 43-MW-Windprojekt in Dittelsheim-Heßloch von ABO-Energy und bündelt es mit einem benachbarten Vorhaben zu einem gemeinsamen Windpark.

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hat das Windenergieprojekt im rheinland-pfälzischen Dittelsheim-Heßloch von ABO Energy übernommen. Das Projekt umfasst bis zu sechs Standorte für Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von bis zu 43 MW. Vattenfall will es mit seinem benachbarten Windprojekt in Mettenheim zusammenführen.

In Mettenheim plant das Unternehmen vier weitere Windenergieanlagen. Beide Vorhaben sind laut Vattenfall genehmigt und verfügen jeweils über gesicherte Netzanschlüsse. Zusammen könnten damit bis zu zehn Anlagen mit einer Gesamtleistung von bis zu 70 MW in Rheinhessen entstehen. Die erwartete jährliche Stromproduktion entspricht rechnerisch dem Bedarf von rund 40.000 Haushalten.

Gemeinsamer Netzanschluss geplant

Vattenfall will die beiden Windparks über ein gemeinsames Umspannwerk an das Stromnetz anschließen. Nach Angaben des Unternehmens soll die Bündelung der Infrastruktur Synergien schaffen und die Kosten der Projekte senken.

„Wir freuen uns, dass wir die Möglichkeit bekommen haben, das Projekt zu übernehmen“, sagte Philipp Heucke, Leiter des Bereichs Onshore-Entwicklung bei Vattenfall in Deutschland. Die Zusammenlegung der Windparks schaffe Synergien, die sich positiv auf die Wirtschaftlichkeit auswirkten.

Mit dem Erwerb erweitert Vattenfall sein Windenergieportfolio in Rheinland-Pfalz. Das Unternehmen sieht in der Kombination der beiden benachbarten Projekte die Möglichkeit, vorhandene Infrastruktur gemeinsam zu nutzen und Netzanschlusskapazitäten effizienter einzusetzen.

Vattenfall plant weiteren Ausbau

Das Vorhaben ist Teil der Ausbaupläne von Vattenfall für die Onshore-Windenergie in Deutschland. Nach Angaben des Unternehmens hat Vattenfall inzwischen für 26 Windenergieprojekte Genehmigungsverfahren eingeleitet. Das beantragte Portfolio umfasst demnach mehr als 150 Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1.000 MW. Neben Rheinland-Pfalz gehören auch zahlreiche Vorhaben in Baden-Württemberg dazu.

Vattenfall verweist zugleich auf die Bedeutung verlässlicher Netzanschlüsse für die Projektentwicklung. Zwar verfügen die beiden jetzt gebündelten Windparks jeweils über einen gesicherten Anschluss. Bei anderen Vorhaben könnten Verzögerungen beim Netzausbau dagegen Investitionsentscheidungen beeinflussen.

„Wenn sich Projekte verzögern, weil die Netzanschlüsse fehlen oder erst später kommen, dann schafft das Unsicherheit für die Entwickler“, sagte Heucke. Solche Verzögerungen hätten unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit. Entwickler müssten dann prüfen, ob sich ein Projekt unter den veränderten Bedingungen noch rechne. Dadurch könnten sich auch Investitionsentscheidungen verschieben.

Vattenfall will den Ausbau erneuerbarer Energien nach eigenen Angaben gemeinsam mit Kommunen, Flächeneigentümern und regionalen Partnern vorantreiben. Für die weitere Entwicklung seien aus Sicht des Unternehmens zugleich verlässliche regulatorische Rahmenbedingungen und ein Netzausbau erforderlich, der mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien Schritt hält. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Estland: Erfolgreiche Ausschreibung für 12 Prozent des Strombedarfs



Quelle: Shutterstock / lovelyday12

REGENERATIVE. Der estnische Netzbetreiber Elering hat bei seiner sechsten und letzten Ausschreibung für Strom aus erneuerbaren Energien Gebote mit einem Volumen von fast 1 Milliarde kWh erhalten.

Der staatliche Netzbetreiber Elering hat im Rahmen seiner sechsten und letzten Ausschreibung für Strom aus erneuerbaren Energien neun Gebote mit einem Gesamtvolumen von fast einer TWh erhalten, berichtet „err“. Diese Ausschreibung sollte 990 GWh an Strom aus erneuerbaren Energien auf den Markt bringen, was 11 bis 12 Prozent des estnischen Jahresverbrauchs entspricht.

Insgesamt wurden neun Gebote von sieben Unternehmen eingereicht. Die Gebotspreise lagen zwischen 24,18 und 43,38 Euro/MWh. Die endgültige Anzahl der erfolgreichen Gebote wird nach einer Prüfung der Einhaltung der Ausschreibungsvorgaben festgelegt.

Die Gewinner der Ausschreibung erhalten eine Förderung für die in ihren Geboten angebotene Stromerzeugungsmenge. Die Förderung wird für einen Zeitraum von bis zu 12 Jahren gewährt, wobei der Höchstsatz bei 20 Euro je erzeugter MWh liegt. Es erfolgt keine Auszahlung, wenn der Börsenstrompreis während eines 15-minütigen Handelszeitraums 45 Euro/MWh übersteigt.

Elering wird alle eingereichten Projekte auf die Einhaltung der Ausschreibungsbedingungen prüfen. Nach Abschluss dieser Prüfung wird Elering die erfolgreichen Gebote ermitteln und dem Klimaministerium bis zum 3. November dieses Jahres eine Liste der qualifizierten Bieter vorlegen. (mkl) // VON MARTIN KLINGSPORN

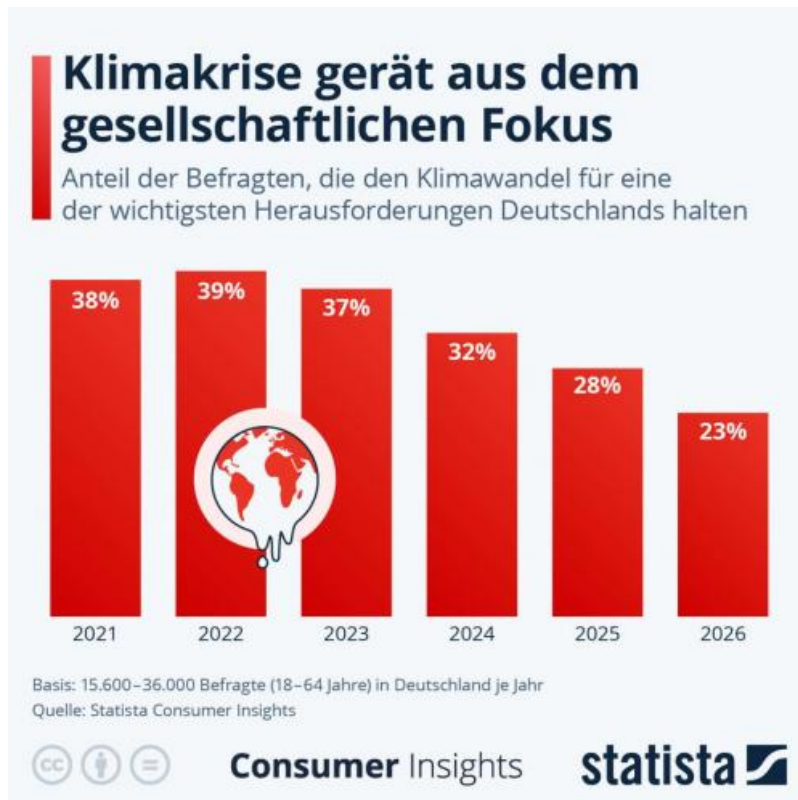
[^ Zum Inhalt](#)

Nehmen wir den Klimawandel nicht ernst genug?



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Der Anteil der Befragten in Deutschland, die den Klimawandel für eine der wichtigsten Herausforderungen halten, ist seit 2021 deutlich gesunken: von 38 Prozent auf 23 Prozent im Jahr 2026. Das entspricht einem Rückgang um 15 Prozentpunkte in fünf Jahren. Damit verliert das Thema sichtbar an öffentlicher Priorität, wie die Umfrage der Statista Consumer Insights zeigt. Andere Sorgen wie wirtschaftliche Probleme oder akute Krisen dürften in den letzten Jahren relativ wichtiger geworden sein. Sinkende Wahrnehmung könnte den politischen Druck für ehrgeizige Klimamaßnahmen abschwächen, da Zustimmung und Aufmerksamkeit oft Voraussetzung für große Reformen sind. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Beim Spatenstich der neuen Wasserstoff-Leitung im Saarland. Quelle: Creos

Baustart für erste Wasserstoffleitung im Saarland

WASSERSTOFF. Creos beginnt mit dem Bau des deutschen Abschnitts von „MosaHYc“. Die 17 Kilometer lange Leitung soll Wasserstoff aus Frankreich nach Dillingen transportieren.

Der Bau der Wasserstoffleitung „MosaHYc“ zwischen der deutsch-französischen Grenze bei Leidingen in Wallerfangen und Dillingen (beide im Saarland) hat begonnen, teilte Creos mit. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft gab Creos den offiziellen Startschuss für die Arbeiten Ende August mit einem Spatenstich in Wallerfangen-Gisingen. Der Planfeststellungsbeschluss für das Vorhaben wurde nach Angaben des Unternehmens im Juli 2026 erteilt und ist bestandskräftig. Nun beginnen Rohr- und Tiefbauarbeiten. Creos rechnet mit einer Bauzeit von rund eineinhalb Jahren.

Die Leitung soll vor allem die Voraussetzungen für die Versorgung industrieller Abnehmer im Saarland schaffen. Die Landesregierung sieht dabei insbesondere die Stahlindustrie als Abnehmer. Wirtschaftsminister Jürgen Barke (SPD) verwies beim Baustart zudem auf die Möglichkeit, weitere Unternehmen an das Netz anzuschließen.

Saarlands Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) ordnete das Projekt in die Transformation des Industriestandorts ein: „Hier, im Herzen Europas, wird Wasserstoff zur Realität. Wir schaffen die Infrastruktur, die es braucht, um unsere Industrie klimafreundlicher und wettbewerbsfähig in die Zukunft zu führen. Damit gehen wir bei der Transformation voran – im Saarland und gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn.“

Anschluss für die saarländische Industrie

„MosaHYc“ soll mit dem deutschen Wasserstoff-Kernnetz sowie weiteren Vorhaben in Europa verbunden werden. Über diese Netzinfrastruktur sollen perspektivisch mehrere Bezugsrichtungen für Wasserstoff erschlossen werden. Creos verweist unter anderem auf Importpfade aus Norddeutschland, von der Iberischen Halbinsel sowie über Luxemburg und Belgien.

Die Creos-Mutter Encevo sieht „MosaHYc“ als Ausgangspunkt für weitere Infrastrukturprojekte. Encevo-Chef Claude Seywert verwies insbesondere auf industrielle Prozesse und den Schwerlastverkehr als

mögliche Einsatzfelder für Wasserstoff. Creos selbst baut parallel seine Rolle als Betreiber von Wasserstoffinfrastruktur aus und gehört zu den Betreibern des deutschen Wasserstoff-Kernetzes.

Auf deutscher Seite werden neue Leitungen verlegt

Creos mit Sitz in Homburg (Saarland) entwickelt das Vorhaben gemeinsam mit dem französischen Netzbetreiber „NaTran“. Während auf deutscher Seite ein Leitungsneubau entsteht, sollen in Frankreich bestehende Gasleitungen für den Wasserstofftransport umgerüstet und durch neue Abschnitte ergänzt werden. Nach Angaben von Creos umfasst der jetzt vergebene Auftrag die detaillierte Ausführungsplanung, die Verlegung der Stahlrohre sowie die Querung von Straßen, Bahnstrecken und Gewässern. Hinzu kommen technische Prüfungen für die spätere Inbetriebnahme der Infrastruktur.

Mit einem Investitionsvolumen von derzeit rund 70 Millionen Euro handelt es sich nach Unternehmensangaben um das größte Wasserstoff-Infrastrukturprojekt im Saarland. Das Vorhaben erhält Fördermittel im Rahmen eines „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI). Nach früheren Angaben von Creos stellen Bund und Saarland dafür insgesamt 44 Millionen Euro bereit. Davon entfallen 31 Millionen Euro auf den Bund und 13 Millionen Euro auf das Saarland. (hr)

Details zu „MosaHYc“

Der Name steht für „Moselle-Saar-Hydrogen-Conversion“ und bezeichnet ein deutsch-französisches Wasserstoffleitungsprojekt. Die Creos Deutschland Wasserstoff GmbH und der französische Fernleitungsnetzbetreiber „NaTran“ wollen im Rahmen des Projektes eine grenzüberschreitende Infrastruktur aufbauen. Auf deutscher Seite entsteht eine rund 16 Kilometer lange Wasserstoffleitung zwischen Leidingen und Dillingen im Saarland. Ziel ist es, Industrieunternehmen in der Region mit Wasserstoff zu versorgen und insbesondere die Transformation der Stahlindustrie zu unterstützen.

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke Stuttgart stellen vier Wasserstoffspeicher auf



Anlieferung der Niederdruckspeicher im Stuttgarter Hafen. Quelle: Stadtwerke Stuttgart

WASSERSTOFF. Die Stadtwerke Stuttgart haben vier Wasserstoffspeicher am Green Hydrogen Hub im Stuttgarter Hafen aufgestellt. Sie sollen Produktion und Versorgung flexibler machen.

Die Stadtwerke Stuttgart haben vier Niederdruckspeicher für den Green Hydrogen Hub Stuttgart (GH2S) in Stuttgart-Wangen aufgestellt. Die jeweils rund 65 Tonnen schweren und 22 Meter hohen Tanks können künftig Wasserstoff aus der Produktion des Standorts aufnehmen.

Zusammen verfügen die vier Speicher nach Angaben der Stadtwerke über ein Volumen von 328 Kubikmetern und fassen maximal rund 2.100 Kilogramm Wasserstoff. Das Unternehmen veranschaulicht die Menge mit einem Wasserstoffbus: Dieser könnte damit bis zu 20.000 Kilometer zurücklegen.



Vier weiße Niederdruckspeicher prägen ab sofort das Bild des künftigen Green Hydrogen Hubs im Stuttgarter Hafen
Quelle: Stadtwerke Stuttgart

Die Speicher sollen vor allem Produktion und Abgabe von Wasserstoff zeitlich voneinander entkoppeln. Steht günstiger Strom aus Wind- oder Solaranlagen zur Verfügung, kann der Hub die Wasserstoffproduktion erhöhen. Wasserstoff, der nicht unmittelbar über die Pipeline oder per Trailer weitertransportiert wird, lässt sich zunächst in den Tanks puffern und später bedarfsgerecht verteilen.

„Die Speicher verbinden die Wasserstoffproduktion und -versorgung sinnvoll und flexibel“, erklärt Peter Drausnigg, technischer Geschäftsführer der Stadtwerke Stuttgart. Nach Angaben des Unternehmens sollen die neuen Anlagen damit die flexible Wasserstoffversorgung in Stuttgart und der Region unterstützen. (ds)

Details zum Green Hydrogen Hub (GH2S)

Der Green Hydrogen Hub Stuttgart (GH2S) entsteht am Mittelkai im Stuttgarter Hafen. Die Stadtwerke Stuttgart wollen dort mit vier Elektrolyseuren grünen Wasserstoff aus erneuerbarem Strom erzeugen. Im Endausbau ist eine Elektrolyseleistung von 12 MW vorgesehen. Der GH2S soll dann bis zu 1.200 Tonnen hochreinen grünen Wasserstoff pro Jahr erzeugen.

Die Verteilung soll entweder über die neue, rund vier Kilometer lange Genesis-Wasserstoffpipeline durch das Stuttgarter Neckartal oder per Trailer auf der Straße erfolgen. Der Wasserstoff ist vor allem für Industrie und Schwerlastverkehr vorgesehen. Nach aktuellem Stand der Stadtwerke soll der Testbetrieb des Hubs Ende 2027 beginnen.

Auf der Projektseite finden sich [weitere Informationen zum GH2S](#) der Stadtwerke Stuttgart.

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Fotolia / Rawpixel

BWE-Service beantragt Sanierung in Eigenverwaltung

VERBÄNDE. Die BWE-Service GmbH hat eine Sanierung in Eigenverwaltung beantragt. Der Bundesverband Windenergie (BWE) führt wirtschaftliche Probleme in der Windbranche als Grund an.

Die BWE-Service GmbH, ein branchenübergreifender Anbieter von Weiterbildungsangeboten und eine Tochtergesellschaft des Bundesverbands Windenergie (BWE), musste eine Sanierung in Eigenverwaltung beantragen. Das teilte der BWE am 28. August mit. Als Grund nennt der Verband die wirtschaftliche Lage in der Windenergiebranche und deren Folgen für das Geschäft der Gesellschaft.

Nach Angaben des BWE bauen Unternehmen der Branche Beschäftigung ab und kürzen ihre Ausgaben. Die Einsparungen betreffen demnach unter anderem Aus- und Weiterbildungen sowie Marketing. Diese Entwicklung trifft die BWE-Service GmbH nach Darstellung des Verbandes in besonderem Maß. Das Unternehmen bietet unter anderem Seminare für die Windenergiebranche und weitere Branchen an.

Geschäftsbetrieb soll weiterlaufen

Mit dem Verfahren in Eigenverwaltung will die BWE-Service GmbH ihre wirtschaftliche Situation neu ordnen. BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek bezeichnete die Konsolidierung aufgrund der wirtschaftlichen Lage als „unabdingbar“. Heidebroek: „Innerhalb der nächsten Monate soll so die Leistungsfähigkeit wieder gewährleistet werden. Ziel ist es, das Unternehmen wirtschaftlich neu zu fokussieren. Der Geschäftsbetrieb der BWE-Service GmbH läuft während des Verfahrens weiter.“

Der Bundesverband Windenergie selbst ist nach eigenen Angaben nicht Teil des Verfahrens. Der Verband trennt damit die wirtschaftliche Situation seiner Servicegesellschaft von seiner Tätigkeit als Interessenvertretung der Windenergiebranche. Seine politische Arbeit werde unverändert fortgeführt, erklärte Heidebroek. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



ENERGIEJOBS

DAS KARRIEREPORTAL FÜR DIE ENERGIEWIRTSCHAFT

Rekrutieren Sie zielgenau in der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.



Energietechnik



Erneuerbare Energien



Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online



Stadtwerke Mühlhausen stehen vor Geschäftsführer-Wechsel



Quelle: Jonas Rosenberger

STADTWERKE. Nach 30 Jahren bei den Stadtwerken Mühlhausen scheidet Regine Gierse aus der Geschäftsführung aus. Udo Scholl übernimmt die kaufmännische Leitung zunächst übergangsweise.

Nach drei Jahrzehnten endet eine Ära: Regine Gierse, kaufmännische Geschäftsführerin der Stadtwerke Mühlhausen GmbH, legt zum 31. August auf eigenen Wunsch ihre Geschäftsführertätigkeit bei dem kommunalen Versorgungsunternehmen nieder. Zum 1. September übernimmt Udo Scholl ihre Aufgaben übergangsweise. Gemeinsam mit dem technischen Geschäftsführer Henning Weiß führt er künftig das Unternehmen, teilten die Stadtwerke mit.

„Nach genau 30 Jahren ist für mich die Zeit gekommen, meine Schwerpunkte zu verlagern und mich stärker privaten Zielen zu widmen“, erklärt Gierse ihre Entscheidung. Sie kam 1997 als kaufmännische Leiterin zu den Stadtwerken Mühlhausen. Seit Januar 2001 gehörte die Diplom-Kauffrau als kaufmännische Geschäftsführerin der Unternehmensleitung an.

Die Nachfolge für die kaufmännische Geschäftsführung ist zunächst als Übergangslösung geregelt. Ab dem 1. September übernimmt Udo Scholl die Funktion. Nach Angaben der Stadtwerke verfügt der Diplom-Kaufmann über Erfahrung in der kaufmännischen Geschäftsführung von Energieunternehmen. In den vergangenen Wochen arbeitete ihn das Unternehmen für die Übergabe ein. Einen Zeitplan für die Besetzung der Position nannte das Unternehmen in seiner Mitteilung nicht. Henning Weiß bleibt technischer Geschäftsführer der Stadtwerke Mühlhausen. (hr) // **VON HEIDI ROIDER**

[^ Zum Inhalt](#)

Wernau verlängert Gasnetz-Vertrag bis 2044



Wernaus Bürgermeisterin Christiane Krieger und Stadtwerke Geschäftsführer Jörg Zou bei der Vertragsunterzeichnung. Quelle: SWE

STADTWERKE. Wernau und die Stadtwerke Esslingen verlängern die Gaskonzession bis 2044. Der Vertrag berücksichtigt auch mögliche Stilllegung und Rückbau von Leitungen.

Die Stadt Wernau (Neckar) und die Stadtwerke Esslingen setzen ihre Zusammenarbeit beim Betrieb des Gasverteilnetzes langfristig fort. Bürgermeisterin Christiane Krieger und Stadtwerke-Geschäftsführer Jörg Zou unterzeichneten am 26. August 2026 den neuen Gaskonzessionsvertrag. Der Vertrag tritt am 1. Januar 2027 in Kraft und läuft bis zum 31. Dezember 2044, teilt das kommunale Versorgungsunternehmen mit.

Der neue Konzessionsvertrag berücksichtige die veränderten energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die absehbar sinkende Erdgasnachfrage, heißt es in der Mitteilung der Stadtwerke. Fragen der zukünftigen Netzentwicklung, möglicher Investitionen sowie einer Stilllegung oder eines Rückbaus von Leitungen würden ebenso berücksichtigt wie die kommunale Wärmeplanung. „Energieinfrastruktur muss heute zuverlässig funktionieren und zugleich auf Veränderungen vorbereitet sein“, wird Jörg Zou zitiert.

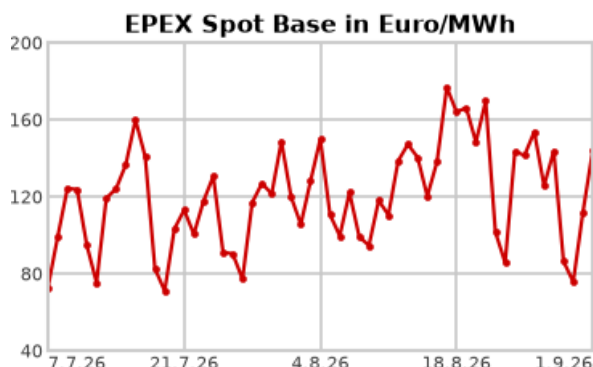
Wernaus Bürgermeisterin Christiane Krieger (parteilos) verweist auf die „bewährte Partnerschaft“. „Für Wernau ist wichtig, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt und die Infrastruktur zugleich flexibel auf zukünftige Anforderungen reagieren kann“, kommentiert sie den neuen Konzessionsvertrag. Der Vertrag, so Krieger, schaffe einen Rahmen, der den Veränderungen in der Energieversorgung Rechnung trage.

Die Länge des Gasverteilnetzes in Wernau beträgt mit Hauptleitungen und Hausanschlussleitungen rund 54,73 Kilometer. Der bislang gültige Konzessionsvertrag hatte eine Laufzeit von 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2026. (mf) // **VON MANFRED FISCHER**

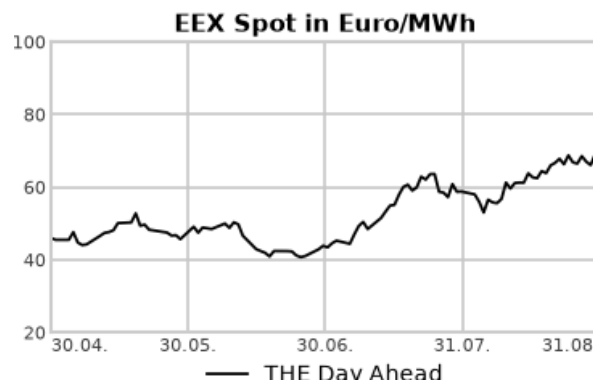
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



„Nur ein Gaspreis von 100 Euro füllt Speicher genug“



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Überwiegend fester haben sich die Energiemärkte zum Wochenauftritt präsentiert. Der deutsche Strommarkt legte durchweg zu, wobei auch das Plus am langen Ende kräftig ausfiel. Die CO₂-Preise gaben dagegen nach.

Deutlich aufwärts ging es am Gasmarkt. Anhaltende Lieferstörungen im Nahen Osten und niedrige Speicherstände verschärfen die Sorge um Europas Winterversorgung. Auch die Ölpreise zogen kräftig an. Neue Kämpfe zwischen den USA und dem Iran rückten die Risiken für die Transporte durch die Straße von Hormus wieder stärker in den Fokus.

Strom: Durch die Bank fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Montag gezeigt. Der Dienstag wurde in der Grundlast mit 144,25 Euro je Megawattstunde gehandelt, für die Spitzenlast mussten 112,25 Euro je Megawattstunde gezahlt werden.

Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte am Dienstag mit 33 Gigawatt etwas geringer ausfallen als noch am Montag (34 Gigawatt). Für den Mittwoch wird ein deutlicher Rückgang auf 24 Gigawatt erwartet, bevor von Donnerstag an wieder teils sehr hohe Werte bei der Solar- und Wind-Einspeiseleistung anfallen dürften.

Am langen Ende gewann das Cal 27 bis zum Nachmittag 2,66 Euro auf 116,55 Euro je Megawattstunde.

CO₂: Schwächer haben sich die CO₂-Preise am Montag gezeigt. Der Dec 26 verlor bis gegen 14.00 Uhr 0,40 Euro auf 82,32 Euro je Tonne.

Die Rückkehr der politischen Entscheidungsträger, höhere Auktionsvolumina ab der neuen Woche sowie die Ende September anstehende Compliance-Frist dürften in den kommenden Wochen laut den Analysten von Redshaw Advisors für eine höhere Volatilität sorgen.

Die bisher geringe Positionierung der Investmentfonds dürfte einen wesentlichen Einfluss auf die Marktrichtung bis zur Compliance-Frist haben. Im Basisszenario rechnen die Analysten weiterhin mit steigenden EUA-Preisen bis Ende September.

Aus technischer Sicht bleibt der Ausblick unverändert. Derzeit gelingt es weder den Bären noch den Bullen, ausreichend Momentum für eine nachhaltige Bewegung in die jeweilige Richtung aufzubauen.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben am Montag kräftig zugelegt. Der Frontmonat am niederländischen TTF gewann bis gegen 14.00 Uhr 3,76 Euro auf 70,190 Euro je Megawattstunde.

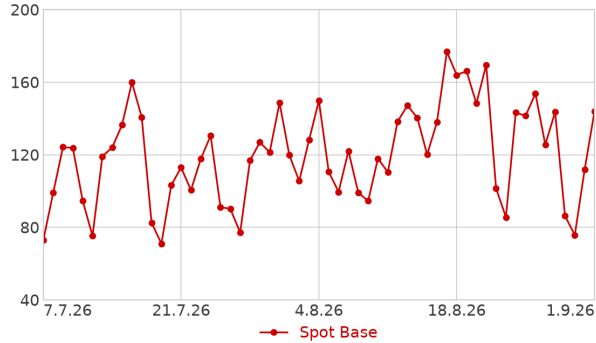
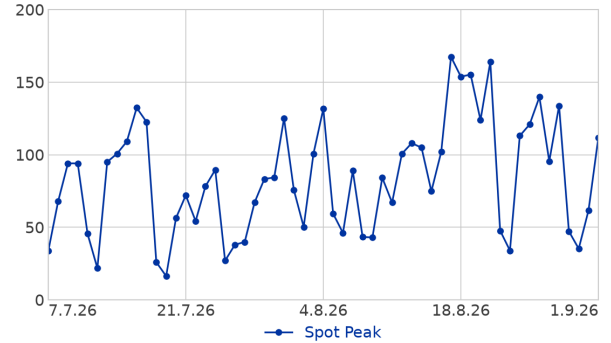
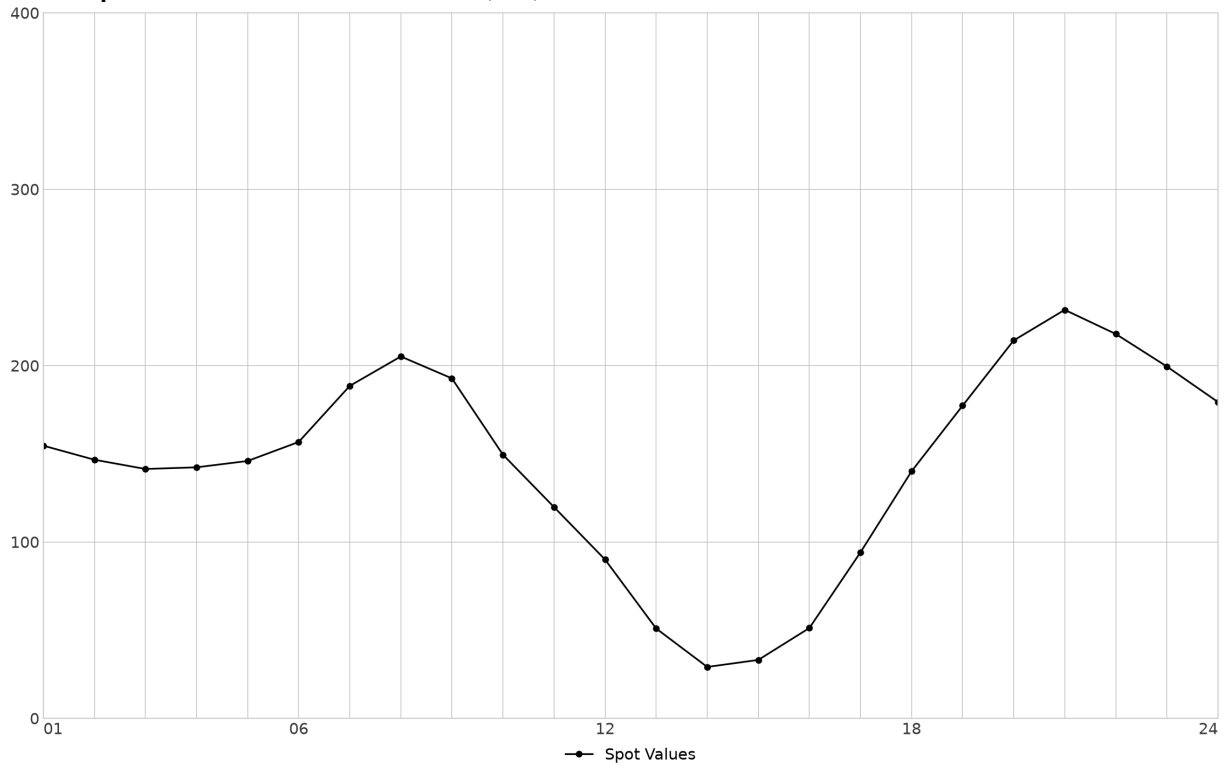
Die europäischen Gaspreise müssten nach Einschätzung von Analysten der US-Bank Goldman Sachs im Dezember 2026 auf mehr als 100 Euro je Megawattstunde steigen, damit Europa seine Speicher ausreichend füllen kann, um sicher durch den Winter zu kommen.

Selbst der jüngste Anstieg der Futures-Preise am niederländischen TTF dürfte nicht ausreichen, um genügend LNG-Mengen aus Asien nach Europa umzulenken, falls die Lieferstörungen im Nahen Osten bis ins kommende Jahr anhalten, berichten internationale Medien unter Berufung auf die Analysten.

Nach Einschätzung der Analysten reicht das derzeitige Preisniveau nicht aus, damit Europa seine Speicherbestände sicher durch den Winter steuern kann. Sollten sich die Energieexporte aus dem Nahen Osten erst im Verlauf des Jahres 2027 schrittweise normalisieren, müsste der TTF-Kontrakt für Dezember 2026 Goldman Sachs zufolge voraussichtlich auf mehr als 100 Euro je Megawattstunde steigen. (map)

// VON MARIE PFEFFERKORN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

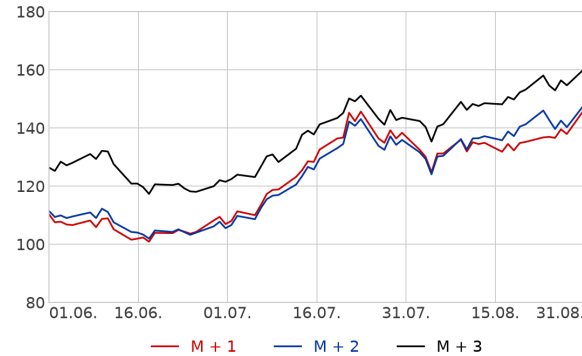
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	31.08.26	German Power Sep-2026	146,40
M2	31.08.26	German Power Oct-2026	148,08
M3	31.08.26	German Power Nov-2026	160,34
Q1	31.08.26	German Power Q4-2026	154,64
Q2	31.08.26	German Power Q1-2027	149,42
Q3	31.08.26	German Power Q2-2027	98,58
Y1	31.08.26	German Power Cal-2027	117,10
Y2	31.08.26	German Power Cal-2028	93,08
Y3	31.08.26	German Power Cal-2029	82,74

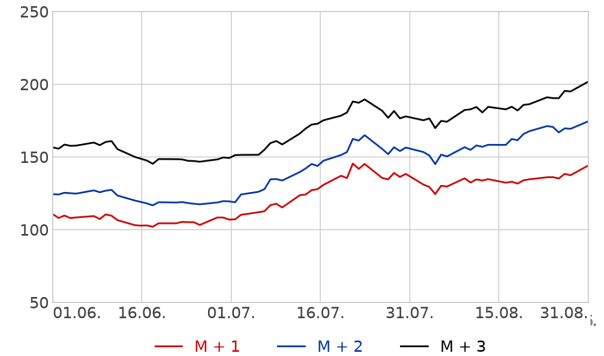
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	31.08.26	German Power Sep-2026	144,10
M2	31.08.26	German Power Oct-2026	174,46
M3	31.08.26	German Power Nov-2026	201,78
Q1	31.08.26	German Power Q4-2026	191,21
Q2	31.08.26	German Power Q1-2027	172,01
Q3	31.08.26	German Power Q2-2027	81,65
Y1	31.08.26	German Power Cal-2027	123,06
Y2	31.08.26	German Power Cal-2028	99,99
Y3	31.08.26	German Power Cal-2029	88,95

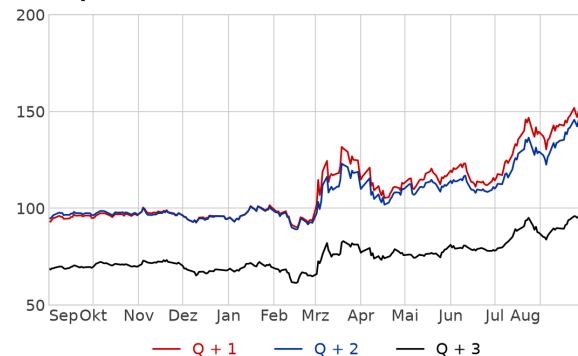
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



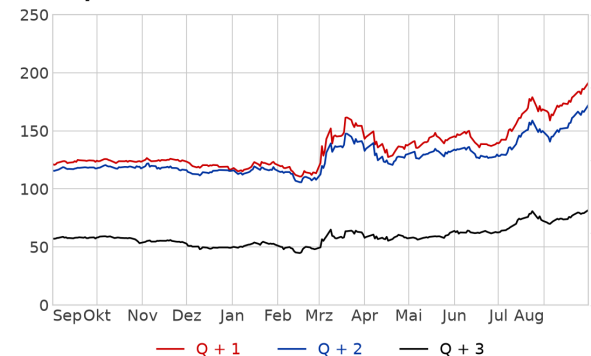
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



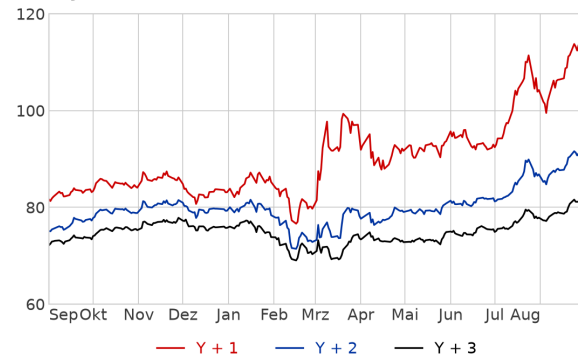
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



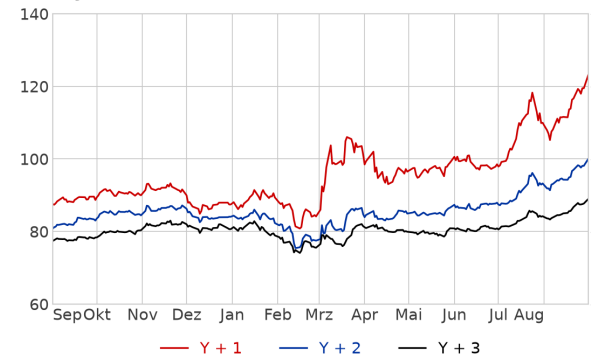
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)

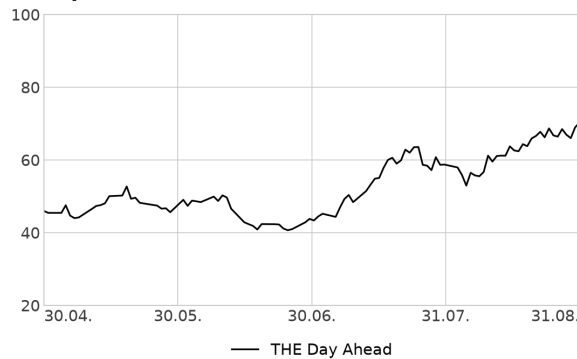


Gas Spot- und Terminmarkt

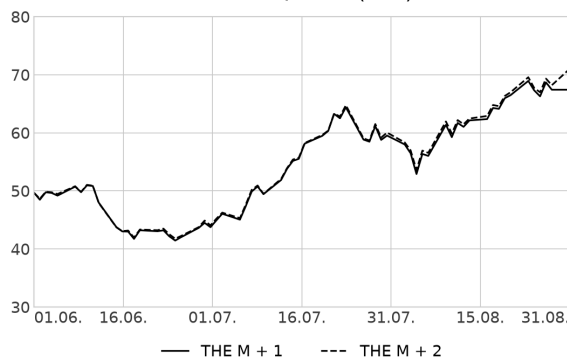
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	31.08.26	German THE Gas Sep-2026	67,42
M2	31.08.26	German THE Gas Oct-2026	70,97
Q1	31.08.26	German THE Gas Q4-2026	70,85
Q2	31.08.26	German THE Gas Q1-2027	68,73
S1	31.08.26	German THE Gas Win-2026	69,80
S2	31.08.26	German THE Gas Sum-2027	47,58
Y1	31.08.26	German THE Gas Cal-2027	52,60
Y2	31.08.26	German THE Gas Cal-2028	35,23

EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



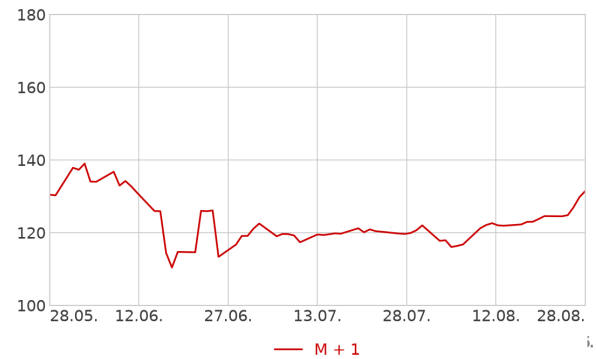
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	31.08.26	143,80	EUR/MWh
Germany Spot peak	31.08.26	111,82	EUR/MWh
EUA Oktober	31.08.26	82,59	EUR/tonne
Coal API2 Oktober 2026	28.08.26	131,45	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day AI	31.08.26	70,25	EUR/MWh
German THE Gas Sep-2026	31.08.26	67,42	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2026	31.08.26	52,60	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	31.08.26	90,49	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Geschäftsführer (m/w/d) Erneuerbare Energien

Geschäftsführer (m/w/d) für NaturEnergy & NaturStromProjekte. Führe die Energiewende strategisch ...
in Bamberg (+1 weiterer Standort)

06.08.2026

● Vorstand/Geschäftsführung



Flexibler Nebenjob als Biologie - Nachhilfelehrer*in (w/m/d)

Du suchst einen bedeutungsvollen Nebenjob mit flexibler Zeiteinteilung? Dann bist du hier genau richti...
in Chemnitz

vor 2 h

● Minijob ● Flexible Arbeitszeit



Flexibler Nebenjob als Biologie - Nachhilfelehrer*in (w/m/d)

Du suchst einen bedeutungsvollen Nebenjob mit flexibler Zeiteinteilung? Dann bist du hier genau richti...
in Halle (Saale)

vor 2 h

● Minijob ● Flexible Arbeitszeit



Referent Vertragsmanagement (m/w/d) Erneuerbare Energien

Bring frischen Wind in dein Berufsleben! Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Sola...
in Bremen

vor 2 h

● Ausbildung / Freie Mitarbeit



Referent Vertragsmanagement (m/w/d) Erneuerbare Energien

Bring frischen Wind in dein Berufsleben! Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Sol...
in bremen, bremen

vor 2 h

● Ausbildung / Freie Mitarbeit

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

